

# Solidarität



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1,- RM.  
Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 16 • 38. Jahrgang

Berlin, den 16. April 1932

## Jetzt der Kampf um Preußen

Die Wahl des Reichspräsidenten hat mit einem Sieg der Eisernen Front ihren Abschluß gefunden. Hindenburg wurde im zweiten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wieder zum Reichspräsidenten gewählt. Seine Stimmenzahl konnte trotz schwächerer Wahlbeteiligung noch erheblich vermehrt werden, stärker jedoch haben die Stimmen für den Nazihauptling Hitler zugenommen, der die große Mehrheit der Stimmen für Duesterberg, den verlappten Nazikandidaten aus dem ersten Wahlgang, auf sich vereinigen konnte. Der Kandidat der Kommunisten und der KPD. konnte seine Stimmenzahl nicht entfernt behaupten, seine Anhänger zogen in großen Scharen in das Hitlerlager, wo sie auch hingehören. Diese sogenannte revolutionäre Gesellschaft, die in treuem Verein mit dem Nazigefindel nur die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bekämpft und mit Dreck bewirft, ist das Anglied für die deutsche und internationale Arbeiterklasse. Sie hat erst den Nährboden für Nationalsozialisten und damit die Voraussetzungen für die Erstarkung der Hitlerpartei geschaffen. Jetzt bekommt sie die Folgen an eigenen Leibe zu spüren.

Mit dem Siege der Eisernen Front bei der Wahl des Reichspräsidenten ist der Kampf gegen Reaktion und Arbeiterfeinde jedoch noch nicht beendet. Sie rüsten auf neue, um bei den bevorstehenden Landtagswahlen am 24. April den freien Gewerkschaften und ihrer politischen Vertretung, der Sozialdemokratie, eine entscheidende Niederlage zu bereiten. Daß die Reaktionskräfte dabei auf tatkräftige Unterstützung der Kommunisten und der KPD. rechnen können, versteht sich bei der bekannten Einstellung der Söldlinge Moskaus (man kann sie auch politische Kinder nennen, weil sie sich so schuldbenhaft ungezogen benehmen und auch sonst mordsdämlich sind).

Die letzte Etappe des großen politischen Entscheidungskampfes, der seit dem März in Deutschland tobt, bildet das Ringen um die Zusammensetzung des Preussischen Landtages, das in der Wahl am 24. April seinen Abschluß findet. Der Ansturm der gesamten Kräfte der Reaktion gilt Preußen, nachdem der Kampf um die Besetzung des Reichspräsidentenpostens von ihr verloren wurde. Preußen, seit dem November 1918 regiert von der Koalition der Weimarer Parteien, ist das Ziel, das zu erreichen die gesamten Parteien der Reaktion ihre Kräfte verdoppeln. Denn aus dem einst jüngerlich beherrschten Preußen des Dreiklassenwahlrechts ist dank der fast unausgeglichen ausschlaggebenden Beteiligung der Sozialdemokratie an der Preußenkoalition und der Preußenregierung das Preußen geworden, das von allen Gegnern der Demokratie und der Republik als das „rote Preußen“ verschrien und bekämpft wird.

Was die Nationalsozialisten und ihre Bundesgenossen auf dem Wege über die Reichspräsidentenwahl nicht erreicht haben, das hoffen sie in einer letzten großen Kraftanstrengung am 24. April zu erreichen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern, Württemberg, Hamburg wird am 24. April durch die Wahl die Zusammensetzung der Länderparlamente bestimmt. Aber von ausschlaggebender Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands sind hauptsächlich die Preußenwahlen, die entscheidend für das Geschick der deutschen Republik sein werden. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung, drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei, bedeutet in der Tat heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. In Thüringen und in Braunschweig konnte und kann man das Experiment nationalsozialistischer Mitregierung wagen. Aber schon diese Beispiele zeigen, was gerade die Masse des

Volkes, gerade die Arbeiterklasse, dabei zu riskieren und dabei zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Mitregierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Beunruhigung und Schwierigkeiten nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutiv-bemächtigten würden!

In dem von der Wirtschaftskrise bedrohten Deutschland würden die Folgen einer solchen politischen Machtverschiebung zuerst und zumeist die Arbeiterklasse treffen. Es darf niemals übersehen werden, daß die Ausföhrung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetz, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Innehaltung und Durchführung garantierten.

Das Interesse der Arbeiterklasse gebietet es daher, daß alle Kraft angepannt wird, um den 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungslosen Radikalismus zu gestalten. Wenn sich alle Schichten des arbeitenden Volkes am 24. April zusammenfinden zum Schutz des neuen Preußens, zur Sicherung derjenigen Errungenschaften, die es gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen alle Andersdenkenden und alle Konfessionen, dann wird eine überwältigende Mehrheit auch diesen Ansturm der Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer zum Scheitern bringen. Das Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Terror und Gewalt. Wird

dieses Preußen, die Bastion der Republik und Demokratie, am 24. April erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird der 24. April in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften als Tag des Sieges zu buchen sein.

Unsere Kolleginnen und Kollegen wählen daher die Liste 1 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Wir Arbeitslose und die Preußenwahlen

Seit Jahr und Tag sind wir aus dem Produktionsprozess herausgerissen, bevölkern die Arbeitsnachweise und Stempelstellen und führen einen Geist und Körper zermürbenden Kampf ums tägliche Brot. Notverordnungen und die Folgen von Lohnkürzungen bedrücken uns in katastrophaler Weise und verfolgen uns oft in Verzweiflungsstimmung.

Und doch wäre es sträflicher Leichtsin, wenn wir aus diesen Gefühlen heraus im gegenwärtigen Stadium des Wahlkampfes uns einfach abseits stellen wollten und dadurch indirekt der Reaktion zu einem Erfolg oder gar zu einem Triumph verhelfen. Ebenso töricht wäre es, den scheinradikalen Phrasen der KPD. Gehör zu schenken und auf chaotische Zustände hinzuarbeiten. Für uns Arbeitslose, die wir eine freigewerkschaftliche Schulung hinter uns haben, gilt es hier wie überall: Schulter an Schulter mit unseren Arbeitsbrüdern aus den Betrieben zu kämpfen und zu siegen.

Am was geht es diesmal bei den Preußenwahlen? Es geht um Sein oder Nichtsein der Republik. Mit der Eroberung Preußens durch Hitler soll der Vorstoß für das ganze Reich unternommen werden und die Weimarer Verfassung sowie die noch vorhandenen sozialpolitischen Errungenschaften beseitigt werden. Was Hitler am 13. März und 10. April nicht gelang, soll am 24. April wettgemacht werden, sogar in Verbindung mit einem Bürgerkrieg und einem gewalttätigen Umsturz; welsch verbrecherische Absichten durch die beschlagnahmen Putschdokumente hinreichend bewiesen sind. Auch die Tatsache, daß Braun und Severing in Preußen die Gefährde lenken und im Interesse des Volkes — insbesondere in kultureller Beziehung — fruchtbar Arbeit leisten, ist den Faschisten ein Dorn im Auge. Sie wollen alles daransetzen, diese Männer des Volkes zu stürzen. Ein Grund mehr für uns, dies zu vereiteln.

Wir Arbeitslose sind schicksalsverbunden mit den in fester Position stehenden Arbeitern und haben die gleichen Lebensinteressen zu verteidigen. Nicht zuletzt hängt die Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Gewerkschaften von dem günstigen Ausgang der Preußenwahlen ab, woran wir Arbeitslose aber in erster Linie interessiert sind.

„Die Arbeitslosen haben nichts zu verlieren“, erzählen uns in heuchlerischer Jesuitenmanier die KPD.-Apostel und versuchen Verwirrung zu stiften, was ihnen aber nicht gelingen darf. Wir wissen genau, was alles auf dem Spiele steht; nicht bloß, daß wir viel zu verlieren haben, noch mehr wollen wir gewinnen. Wir Arbeitslose, wir graphischen Hilfsarbeiter sind keine Selbstmord-Strategiker. Wir haben ein großes Ziel vor Augen: die endgültige Niederbringung des Faschismus, und dann freie Bahn für eine durchgreifende Sozialpolitik!

Arbeitslose Kollegen! Ungeachtet aller Not und des großen Elends müssen wir gemeinsam mit unseren Berufskollegen kämpfen für ein demokratisches Preußen im Interesse einer freien Kultur und Sozialpolitik, im Interesse einer gefunden Lösung außerpolitischer Fragen und im Interesse eines wirtschaftlichen Aufstieges.

Dafür wollen wir kämpfen und siegen. Wir Arbeitslose stimmen für Braun und Severing! Ein arbeitsloser Verbandskollege.



## Das vierte Stadium

Die Frage nach den Gründen, die die gewerbliche Unternehmerorganisation bestimmt haben, den Lohn-tarif für das Buchdruckgewerbe zum 30. April d. J. erneut zu kündigen, lenkt den Blick zwangsläufig auf sozialpolitische Triebkräfte, die außerhalb des Gewerbes heimtätig sind. Sicherlich besteht nicht die geringste Veranlassung, den Grad der im gewerblichen Unternehmerlager selbst vorhandenen sozialreaktionären Gefinnung wohlmeinend zu unterschätzen. Gerade die tarifpolitische Entwicklung des Buchdruckgewerbes in den letzten Jahren hat genügend unmißverständliche Beweise dafür geliefert, in wie weitgehendem Umfange die gefinnungsmäßige Annäherung und Übereinstimmung der sozialpolitischen Grundhaltungen des gewerblichen Unternehmertums einerseits und des schwerindustriellen Unternehmertums, als dem ursprünglichen und am schärfsten hervortretenden Hort der sozialpolitischen Reaktion, andererseits fortgeschritten ist. Die besondere tarifpolitische Tradition des Buchdruckgewerbes läßt aber dennoch berechtigten Zweifel daran aufkommen, daß dem gewerblichen Unternehmertum die ausschließliche Arbeiterschaft an den unqualifizierbaren Abständen zugemessen ist, die in der erneuten Kündigung des laufenden Lohnabkommens nunmehr wieder zutage getreten sind. Abständen, die, rundheraus gesagt, einen sozialpolitischen Zynismus offenbaren, für den gleichwertige Beispiele nur noch in der sozialpolitischen Geschichte der schwerindustriellen Wirtschaftszweige nachzuweisen sind. Aus diesen und anderen Gründen neigen wir zu der Ansicht, daß das gewerbliche Unternehmertum sich willenlos von außenher kommenden Einflüssen unterworfen hat, die in ihrem sozialpolitischen Vernichtungswillen restlos frei sind von letzten Hemmungen, letzten Bedenken, die sich bei zahlreichen gewerblichen Unternehmern aus ihrer Gebundenheit an die tarifpolitische Vergangenheit und die gewerblichen Belange heraus immerhin noch mehr oder weniger stark geltend machen dürften. Vielleicht ist diese Ansicht irrig und erweist unsren gewerblichen Gegenspielern mehr Ehre, als ihnen tatsächlich zukommt; uns würde das nicht zur Unehre gereichen.

Der Schritt, den das gewerbliche Unternehmertum mit der Kündigung des Lohnabkommens getan hat, bewegt sich eindeutig und konsequent in einer Richtung, deren vorläufiges Ziel von der organisatorischen Spitzenleitung des deutschen Unternehmertums abgesteckt worden ist. Das Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände hat diese Zielsetzung kürzlich in programmatischer Form der Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben. Die Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände gliedert die zurückliegende lohnpolitische Entwicklung in drei Stadien. Im ersten Stadium, das in die Zeit vor der Krise fällt, sei der Lohn zu schnell und zu stark gesunken; im zweiten Stadium, während der Krise, seien die Löhne so langsam und zu wenig gesenkt worden, und im dritten Stadium, das durch die Lohnsenkung der vierten großen Notverordnung gekennzeichnet werde, seien die Löhne zwar schlagartig und in einem wirtschaftlich spürbaren Umfange herabgesetzt worden, jedoch entgegen den wirtschaftlichen Erfordernissen habe man die Löhne nur im Ausmaße vorübergegangener oder gleichzeitig erfolgter Preissenkungen gesenkt. (?) Die lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 werde nun darin bestehen, die Löhne in stärkerem Maße als die Preise zu senken, die Kaufkraft der Arbeiter tatsächlich einzuschränken, um so Kaufkraft auf das Unternehmertum zu übertragen. Damit laufe dann die lohnpolitische Entwicklung in ihr viertes Stadium ein, und sie dürfe zu irden, sei die Aufgabe der deutschen Unternehmerverbände. Damit ist unzweideutig klargestellt, wie die lohnpolitische Parole der Arbeitgeberverbände für das Jahr 1932 lautet: Senkung der Kaufkraft des Lohnes — Lohnsenkung ohne Preissenkung!

Die Kündigung des gewerblichen Lohn-tarifs bedeutet demnach nichts anderes als den Versuch der gewerblichen Unternehmer, diese Parole für das Buchdruckgewerbe in die Tat umzusetzen. Das zu wissen, ist nicht ohne Bedeutung. Die Kenntnis der wirklichen Triebkräfte, durch welche die neuerliche Lohnaktion des gewerblichen Unternehmertums ins Rollen gebracht worden ist, verhilft zu einer richtigen Einschätzung aller zu erwartenden Argumente, durch welche die „Berechtigung“ und „Notwendigkeit“ der geplanten Lohnsenkung aus den Erfordernissen der gewerblichen Wirtschaftslage hergeleitet werden soll. Daran zu glauben, wäre harter Unsinn. Es läßt sich unschwer nachweisen, wie verheerend die Senkung der Kaufkraft der breiten Massen den Abgang der gewerblichen Erzeugnisse, namentlich der Bücher, Zeitschriften und Zeitungen bereits beeinflusst hat und weiterhin noch beeinflussen wird. Zudem das gewerbliche Unternehmertum in seinem tarifpolitischen Bereich nunmehr erneut eine Lohnsenkung erzwingen will, zerstört es zu seinem Teile mit die Grundlagen, auf denen im wesentlichen die

## Änderungen in der Arbeitslosenversicherung

Mit dem 21. März 1932 ist eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung ergangen, die neben organisatorischen und verwaltungstechnischen Änderungen auch materiell Neues bringt. Folgendes ist beachtlich.

Bis jetzt war die land- und forstwirtschaftliche Beschäftigung auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrages von mindestens einjähriger Dauer versicherungsfrei. Neu ist, daß ein Lehrvertrag von mehr als einjähriger Dauer verlangt wird.

Welche geringfügigen Beschäftigungen versicherungsfrei waren, war im § 75a gesagt. Neu ist, daß der Vorstand der Reichsanstalt bindende Richtlinien darüber aufstellen kann, wann die geringfügige Beschäftigung — im Rahmen des § 75a — versicherungsfrei ist und welche Voraussetzungen vorliegen müssen. Er kann im Rahmen der Richtlinien den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter die Regelung der Einzelheiten überlassen.

Die Unterstützungsdauer bleibt über den 31. März 1932 hinaus bis auf weiteres unverändert mit 20 bzw. 16 Wochen.

Bis jetzt war die Versicherungsfreiheit in manchen Fällen von einer besonderen Befreiungsanzeige abhängig. Neu ist, daß der Vorsitzende des Arbeitsamts für Angehörige bestimmter Berufe und Gewerbe auf die Befreiungsanzeige verzichten kann, wenn feststeht, daß die Durchführung des Gesetzes auch ohne Befreiungsanzeige gesichert ist. Der Verzicht bedarf der Zustimmung des Präsidenten der Reichsanstalt.

Was die Höhe der Unterstützung anlangt, so darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Beitragsentrichtung zugrunde gelegt war. War der Arbeitnehmer unterversichert, so bestand in engen Grenzen die Möglichkeit der Nachentrichtung der fehlenden Beitragsteile. Neu ist, daß Beiträge und Beitragsteile, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen sind.

Hat der Arbeitslose entgegen den Anrechnungsvorschriften zuviel Unterstützung erhalten, so bedarf es jetzt nicht seiner Zustimmung, wenn das Arbeitsamt zur Verbilligung seines Erstattungsanspruches auf rückständige Bezüge (bis zur vollen Höhe) oder auf andere Bezüge (bis zur halben Höhe) zurückgreift.

Existenz des Gewerbes beruht. Träfen die verhängnisvollen Auswirkungen dieser tarifpolitischen Tendenzen nicht in erster Linie und in unerbitlicher Wucht die Kollegenchaft des Gewerbes, sei es in Form zunehmender Arbeitslosigkeit, sei es in Form einer Herabsetzung ihrer Lebenshaltung auf das Niveau chinesischer Kulis, man hätte keine Ursache, diese gewerbliche Lohnpolitik wirtschaftspolitischer Flagellanten mehr denn unfinnig oder auch bemitleidenswert zu finden. So aber erwächst der organisatorischen Kollegenchaft wieder einmal um ihrer selbst willen die Pflicht zur Mobilisierung aller geistigen und materiellen Widerstandskräfte gegen den Anschlag, der die lohnpolitische Entwicklung des Gewerbes nach dem Willen der Unternehmer in das berüchtigte vierte Stadium hineintreiben soll.

## Nichter haben wir, Nichter ...!

In Münster in Westfalen wurde in diesen Tagen ein Schriftsteller, der bei dem „Münsterischen Anzeiger“ (einer katholischen Tageszeitung) beschäftigt war, gekündigt, da die Firma daran Anstoß nahm, daß besagter Seher der Gottlosenbewegung angehört. Der Seher verklagte die Firma auf Wiedereinstellung und betief sich vor dem Arbeitsgericht in Münster auf § 118 der Reichsverfassung. Dieser Paragraph lautet:

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild und in sonstiger Weise frei zu äußern. In diesem Rechte darf ihn kein Arbeits- oder Angestelltenverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Rechte Gebrauch macht.

Das Arbeitsgericht ließ diese klare, logische Begründung gelten und erkannte auf Wiedereinstellung. Mit diesem Spruch gab sich aber der „Münsterische Anzeiger“ nicht zufrieden und ließ die Sache an das Landesarbeitsgericht gehen. Und jetzt kommt die Angelegenheit! Es „begründete“ den Standpunkt des Arbeitgebers wie folgt:

Ist bei Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung durch den Beamtendienstvertrag zulässigweise eingeschränkt, so ist nicht einzusehen, weshalb nicht der Dienstvertrag des nicht beamteten Arbeitnehmers die gleiche Wirkung haben sollte. Denn diese Wirkung ergibt sich für den Beamten... aus dem Unterwerfungsverhältnis, ist aber von dem Einordnungsverhältnis des privaten

Für die Meldungen der Versicherten bei der Krankenkasse hat das Arbeitsamt die Pflichten des Arbeitgebers. Zur Vereinfachung des Meldewesens kann der Vorsitzende des Arbeitsamts mit der Krankenkasse Vereinbarungen treffen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so kann auf Antrag das Oberverwaltungsamt Vereinbarungen festlegen.

Der versicherte Arbeitslose hatte das Recht auf die Leistungen der Krankenkasse nach § 214 RVO. nicht. Diese Vorschrift des § 127 ist weggefallen.

Bei der Verteilung des Aufwandes, der durch die Krüsenunterstützung entsteht, war ebenso wie die eigentliche Krüsenunterstützung auch der Aufwand für die Krankenversicherung und die Erhaltung der Anwartschaften von Reich (vier Fünftel) und Gemeinden (ein Fünftel) zu tragen. Neu ist die Einigung, daß auch der Aufwand für die Erfüllung der Wartezeit so zu teilen ist.

Neu ist, daß bei der Auszahlung die Arbeitslosenunterstützung auf den nächsten höheren oder niedrigeren, durch 5 teilbaren Betrag abzurunden ist.

Der Unterstützungsempfänger ist verpflichtet, eine ganze Reihe in § 176 bezeichneter Umstände dem Arbeitsamt unverzüglich anzuzeigen. Neu ist, daß der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts die Anzeige noch anderer bestimmter Tatsachen anordnen kann, deren Nachweis für die Beurteilung des Anspruchs bedeutsam ist. Er kann diese Befugnis ganz oder teilweise auf den Verwaltungsausschuß des Arbeitsamts übertragen.

Für die Kurzarbeiterunterstützung ist neu, daß der Arbeitgeber dem Arbeitsamt die Voraussetzungen für die Gewährung der Unterstützung nachzuweisen hat. Auf Verlangen hat er die Lohnbücher einsehen zu lassen und Betriebskontrollen zu gestatten.

Zugleich werden in einer ganzen Reihe von Fällen die Funktionen des Verwaltungsrats der Reichsanstalt auf den Vorstand übertragen.

Für die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden bestimmt eine Verordnung vom 19. März 1932, daß die Verordnung vom 18. Oktober 1930 über den 31. März 1932 hinaus in Kraft bleibt.

Die Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung tritt am 18. April 1932 in Kraft. Die Umbildung der Organe und Ausschüsse hat spätestens bis zum 23. Juli 1932 zu geschehen.

Arbeitnehmers nicht generell, sondern graduell verschieden insofern, als die Einordnung des Beamten eine noch festere, noch straffere als die des Arbeiters und Angeestellten ist. Daß aber die Einordnungspflicht des Arbeiters und Angeestellten besteht, kann flüchtig nicht bestritten werden.

Wenn die Angelegenheit nicht so überaus ernst wäre, könnte man sich amüßieren über die ungemessene geschickte Ausdrucksweise dieser Begründung. Einmal steht der Beamte im Unterwerfungsverhältnis und dann plötzlich in einem Einordnungsverhältnis! Aber die „Begründung“ geht noch weiter:

Die Betriebsverbundenheit wirkt sich nicht nur aus auf das Verhalten des Arbeitnehmers während der Arbeit, sondern auch auf seine Einstellung zu dem Betriebe im Privatleben, gewissermaßen außer Dienst, hier freilich nicht durch Begründung positiver (Leistungs-) Verpflichtungen, sondern nur in negativen Unterlassungsverpflichtungen, die eben dahin gehen, auch außer Dienst alles zu unterlassen, was die Erreichung des Betriebszieles gefährden kann.

Merkt du, lieber Leser, wie hier einer Art Leibeigenschaft das Wort geredet wird? So, nun denke mal darüber nach, worin ein Unternehmer die „Gefährdung seines Betriebszieles“ erblicken kann! Jede Agitation für den Sozialismus kann das sein, jeder Besuch einer Gewerkschaftsversammlung. Soweit wären wir also ...!

Wer garantiert denn jetzt dafür, daß nicht irgendein anderes Landesarbeitsgericht den Kreis weiter zieht und sagt:

Die Zugehörigkeit eines Arbeitnehmers zu einer Gewerkschaft steht in einem Widerspruch zur Einordnung des Arbeitnehmers, auf die der Arbeitgeber zu Recht bestehen kann, denn die Aufgaben und Ziele, die sich die Gewerkschaften stellen, laufen den Interessen des Arbeitgebers zuwider.

Eine solche Formulierung stände allerdings — um in der Sprache des Landesarbeitsgerichts Münster zu reden — nicht in einem generellen, sondern in einem graduellen Unterschied zu obgenannter Stellungnahme dieses Landesarbeitsgerichtes. Diese Übergehung der durch die Reichsverfassung garantierten Rechte der deutschen Arbeitnehmer kann in ihrer gefährlichen Wirkung nur dann unterbunden werden, wenn alle deutschen Arbeiter sich den freien Gewerkschaften anschließen.

## Bücher als Ehezerstörer und Ehevermittler

In verschiedenen Staaten und Städten haben sich unlängst zahlreiche Ehepaare scheiden lassen, weil entweder der Mann nicht mit der Buchlektüre seiner Frau oder die Frau nicht mit der Lektüre ihres Mannes einverstanden war. Besonders die streng erotischen Bücher gaben vielfach Anlaß zu ehelichen Streitigkeiten. In Mexiko erhob sogar ein Mann seine Frau, weil sie sich heimlich solche Druck-Erzeugnisse beschafft hatte, und in Wien mußte vor einigen Jahren der talentvolle Schriftsteller Hugo Bettauer sein Leben lassen, weil ein fanatischer völkischer Jüngling es ihm nicht verzeihen konnte, daß seine Bücher ihm, dem Mörder, die Braut entfremdet hätten.

Auch Frauen haben sich in letzter Zeit verschiedentlich ihrer Männer und Freunde durch Wut entledigt, weil diese sich nach ihrer Meinung zu sehr in Van de Velde's, Freuds, Mordacs oder Juds' Bücher vertieften. Dies ist nicht nur bedauerlich, sondern zeigt auch die geistige Anreize, unter der noch immer so viele Menschen leiden. Und sie ist es, die diesen oder jenen zu unbelobenen Taten fortreißt; nicht die Bücher, die oft eine hohe Mission erfüllen und ihren Lesern teils eine glückliche Ehe bescherehen, teils sie um notwendiges Wissen bereichern wollen.

Sie unterscheiden sich daher wesentlich von jenen Schriften, die George Sand und die Gräfin Hahn-Hahn Ende des 18. Jahrhunderts in die Welt sandten; denn während man heute in den modern-sexualwissenschaftlichen Büchern dem geistigen Aufbaumwille fast überall begegnet, findet man in den Büchern dieser beiden Schriftstellerinnen das Gegenteil davon.

Besonders die Hahn-Hahn tat sich mit trivialen und lächerlichen Behauptungen hervor. So schrieb sie, daß das Glück der Frau nicht mit der Eheschließung, sondern erst mit deren Ende beginne. Die Ehe an sich sei unzeitlich, unglücklich und bestenfalls langweilig und schließlich außerdem den Tod der Liebe in sich ein. Die Folgen solcher Ideen wirkten sich denn auch bald aus; und die Damen der damaligen Gesellschaft, die begeistert Anhängerinnen der Hahn-Hahn waren, huldigten alsbald dem Ausspruch der Sophie Schubert-Merx-Brentano: „Dem rechten Mann muß der richtigere bald und unbedingt folgen.“

Aber es hat nicht nur Bücher gegeben, die Ehen und Verhältnisse zerstörten, sondern auch solche, die als Ehevermittler fungierten.

Viele Ehen sind schon über ein gutes Buch zustande gekommen, und mancher Dichter und Gelehrte erwarb seine Frau oder Freundin durch seine schriftstellerischen Werke. So: Goethe, Schiller, Voltaire, Rousseau, Zola und andere.

Der weniger bekannte geistreiche französische Schriftsteller Trebilion schildert uns wohl als einziger, wie er durch das Buch „Die Verzerrungen des Herzens und des Geistes“ zu einer Frau kam, obwohl er ursprünglich vorhatte, nie zu heiraten.

„Es war im Jahre 1740“, so erzählt er, „als mir eines Nachmittags, während ich gerade an meinem Roman „Das Sofa“ arbeitete, der Besuch einer verschleierten Dame von meinem Diener gemeldet wurde. Da sie angeblich ein sehr dringendes Anliegen hatte, so ließ ich sie eintreten und war etwas verwundert, als sie auch dann ihren Schleier noch nicht löste.“

„Was wünschen Sie?“ fragte ich höflich, nachdem sie sich gesetzt hatte, und erhielt folgende, wohl einzig dastehende Antwort: „Mein Gott, warum sehen Sie mich so verwundert an, bin ich ein Gespenst?“

Und während sie nun ihren Schleier zurückschlug und ein schön geschnittenes Gesicht sehen ließ, fuhr sie fort: „Ich bin Mich Stafford und komme soeben in großer Eile aus London, um — Ihnen meine Hand anzuzeigen. Die Sache ist ganz einfach; ich kann über mein Vermögen frei verfügen und habe beschlossen, es dem zu geben, dem ich mein Herz schenken werde. Wenn aber sollte ich mein Herz schenken? — Ich habe gewartet, ich habe gesucht, und ich würde noch länger gewartet und gesucht haben, wenn mir nicht eins Ihrer Bücher, „Die Verzerrungen des Herzens und des Geistes“, in dem Sie Ihre Gesinnungen und Ihren Charakter offenbaren, in die Hände gefallen wäre. Ich bin begeistert von diesem köstlichen Buch, das mir den Gedanken eingab, Ihre Frau werden zu wollen. Nachdem ich es zwanzigmal gelesen hatte, fand mein Entschluß fest, und ich trat meine Reise nach Paris an, wo ich gestern eintraf. Leider habe ich den ganzen Tag verloren, obwohl es mich drängte, sofort zu Ihnen zu gehen; allein ich mußte mich erst etwas von der langen Reise erholen. Nun bin ich endlich hier und freue mich wie ein Kind, daß ich Sie ganz so gefunden habe, wie ich Sie mir in meinen Träumen vorgestellt habe: jung, geistreich, liebenswürdig.“

„Ich war, obwohl an seltsame Abenteuer gewöhnt, wie aus allen Wolken gefallen. Diese wunderschöne Frau kam ...“

„Madame“, sagte ich, „Sie sehen mich über ein so unerwartetes Glück erstaunt; und — ohgleich ich bisher nicht ans Heiraten gedacht habe — bitte ich, Ihre schöne Hand fassen zu dürfen.“

„Ich war ganz verwirrt und auf alles so wenig vorbereitet, daß ich, dem sonst nichts die Rede verschlug, nicht wußte, was ich tun oder sagen sollte. Mich Stafford schien meine Erregung zu bemerken, stand auf und kam langsam auf mich zu, dann blickte ich in ihre schönen Augen, die vor Freude und Liebe strahlten, und ...“

Nun, was soll ich lange erzählen. Nach sechs Wochen war ich bereits mit ihr verheiratet und habe meinen schnellen Entschluß niemals zu bereuen gehabt.“

Wir sehen also, daß das Buch unter Umständen auch ein vortrefflicher Ehevermittler sein kann.

Gotthard Brodt.

## Wie Egon zu seinem Auto kam

Von H. Müller

Herr Kommerzienrat Kleinanz, Besitzer einer altrenommierten graphischen Kunstankalt, ließ mit Gemahlin, Sohn und Tochter beim Abendessen. Herr Kleinanz war ein stattlicher Herr von 55 Jahren. Etwas beleidigt war. Doch seine hohe Figur, mit dem leicht geröteten, glattrahnten Gesicht, die streng blickenden graublauen Augen gaben ihm ein schmeichelndes Aussehen. Er war der Typ eines fatten, gepflegten Industriellen, dem weder Gesundheit noch der nötige Mammon fehlte.

Vints neben ihm saß seine Gattin, eine schlanke, aristokratisch aussehende Blondine, etwa zehn Jahre jünger als ihr

Eheherr. Wer sie an der Abendtafel beobachten konnte, sah, daß sie auf peinlichste Etikette großen Wert legte. Zur Rechten des Hausherrn saß sein 25jähriger Sohn, vielmehr Dr. Egon Kleinanz, ein hochausgeglichener, sich etwas blasierter gebender Jüngling, an dessen rechter Brustseite seines smarten Sportanzuges das Stahlhelmschloß prangte. Er war ganz das Ebenbild seiner stolzen Mutter.

Während er schweigend seine Mahlszeit einnahm, warf er hin und wieder einen heimlichen, forschenden Blick auf Vater und Mutter, ohne das niederdrückende Schweigen zu durchbrechen, das an der Tafel heute herrschte. Emilie, die 18jährige Tochter war verflohtene Blüde von einem zum andern. Sie begriff, daß irgendein Umstand die Harmonie gestört haben mußte, und ahnte auch, daß die Ursache zu dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen bei Kleinanz senior und junior lag. Von dem in den Römern perlenden Oppenheimers machte nur der alte Herr Gebrauch, und zwar in einem Tempo, das seine Erregung verriet.

Raum war die Mahlszeit beendet, so verabschiedete sich Egon förmlich, nahm seinen Überrock vom Haken und verließ das Haus. Schon während das Zimmermädchen abgeräumt, gab die Gnädige ihrer Tochter einen Wink, das Zimmer zu verlassen. Sofort ging Frau Kommerzienrat zum Angriff über:

„Nun sag mal August! Was es wirklich notwendig, Egon heute abend in deinem Privatkontor eine schroffe Abfuhr zu erteilen, weil er zu Weihnachten seinen Herzenswunsch von dir erfüllt haben wollte? Du tust ja gerade, als ob die Firma Kleinanz wegen einer Ausgabe von 8500 M. zusammenbrechen würde.“

Die Gestalt des Kommerzienrats straffte sich, und eine harte Entgegnung wollte ihm über die Lippen. Doch ein Blick in die blickenden Augen seiner Gattin zwangen ihn, Distanz zu halten.

„Ja, meine Liebe, zusammenbrechen wird die Firma Kleinanz wegen dieser Summe zwar nicht, trotzdem bares Geld in heutiger Zeit nicht sonderlich viel ausreicht. Aber 8500 M. heute auszugeben wegen einer Laune, die mein Herr Sohn hat, das geht nicht an. Warum verweist sich der junge Herr darauf, ein eigenes Auto zu haben? Habe ich ihm schon jemals unseren Wagen vorenthalten, wenn er ausfahren wollte? Der Junge wurde anzüglich, deshalb die derbe Abfuhr, wie du es zu nennen beliebst. Ich kann mir bei dem miserablen Geschäftsgang absolut keine so fürstlichen Weihnachtsgeschenke leisten.“

Frau Kleinanz fuhr ihrem Gatten erregt ins Wort:

„Du tust ja gerade, als ob wir nicht mehr das Brot über Nacht hätten. Ich werde mich wohl oder übel einmal über die Substanz unserer Firma orientieren müssen, denn ich habe ein Recht hierzu, und im Interesse meiner Kinder scheint mir dies geboten. Ist es so weit gekommen, daß unsere Kinder auf standesgemäßes Auftreten verzichten müssen? Weißt du noch August, welche Summe dir dein seliger Vater dazumal für meinen Brautschmuck einhändigte? Er hielt auf Tradition.“

Der Kommerzienrat fuhr beschwichtigend seiner erregten Gattin über den Arm:

„Du vergriffst meine Liebe, die Zeiten haben sich sehr geändert. Mein Vater war alleiniger Besitzer unseres Betriebes, und was der Betrieb abwarf, gehörte ihm und seiner Familie. Mein Vater konnte Löhne zahlen, die ihm gut dünkten. Sie bezogen sich nicht die Hälfte von heute. Daher arbeiteten die Leute noch drei Stunden täglich mehr. Mein Vater konnte mir allein das Geschäft übergeben, weil seine anderen Söhne als Offiziere und im Staatsdienst standesgemäß untergebracht waren. Heute sitzen in zahlreichen Staatsstellen die Parteibuchbeamten, Trabition, Familienadel und dergleichen gilt nicht mehr. Unsere schöne Armee, der Stolz und die Stütze der guten bürgerlichen Gesellschaft ist nicht mehr. Der Gewinn vieler bürgerlicher Betriebe geht heute in zu viele Teile. Ich teile mit meinem Neffen, unserem Sohn Erik, und sobald es Egon einfällt zu heiraten, sind wir vier Teilhaber. Jeder will sein eigenes Auto, seine Sommervilla, seine Bäderreise usw. Alles soll das Geschäft abwerfen. Standesgemäß will jeder Sohn in lustigen Studentenjahren seinen Doktor machen, ehe er ins Geschäft eintritt, um dann Bücher oder Bilderbogen zu drucken. Mein Vater hatte kein Auto oder Droßkoff. Er fuhr mit der Pferdebahn oder ritt auf Schusters Rappen.“

„Ich habe mich vorigen Monat in mehrmaligen Verhandlungen mit den Organisationsvertretern meiner Arbeiter herumschlagen, weil ich der Meinung war, daß der Lohn erheblich heruntergesetzt werden müßte, wenn der Betrieb noch etwas adwerfen sollte. Ich konnte nur einen Bruchteil



Warum hast Du die Tür nicht vorher verschlossen?

Bestell Nr. — 478 — des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Berlin W9

von dem erreichen, was ich erhoffte. Die Kerle halten zusammen wie Blei und Eisen. Wollen auch standesgemäß leben. Unter uns gefagt, ich kann es ihnen nicht verdenken. Wenn dies so weiter geht, werden wir stillen müssen.“

„Uff! Hör au“, schrie die Gnädige, „ich will nichts mehr hören“, und rauchte ungnädig zum Zimmer hinaus.

Noch am späten Abend desselben Tages kündete das Radio den oberflächlichen Inhalt der kommenden Werten Noterordnung an. Am 8. Dezember früh ließ Herr Kommerzienrat Kleinanz in seinem Büro und subierte das Ergebnis der Werten Noterordnung. Die Lohnliste zur Hand, zählte er die Belegblätter. Er rechnete, addierte und verzog sein Gesicht zu einem befriedigenden Schmunzeln. Gut gelaunt erschien er am Frühstückstisch. Er räusperte liebevoll über die Wangen seiner getränkten Gattin und tuschelte ihr versöhnend ins Ohr:

„Egon bekommt zu Weihnachten sein Auto.“

## Der Kämpfer

Der gewerkschaftliche Mensch nur kann die gewerkschaftliche Arbeit verstehen und würdigen. Nur wer an einer Arbeit selber mitgearbeitet und in ihr praktisch handelt, spürt seine Kraft und den Wert seiner Arbeit. Nur der Handelnde Mensch sieht die Grenzen des Könnens, würdigt sein Werk und wächst durch sein Werk zu neuem und größerem Können.

„Der Mensch, der sich bloß erkennend verhält“, sagte Ricardo Huch einmal, „kommt nie zur Einheit, weil es unendliche Möglichkeiten für ihn gibt: erst handelnd begrenzt er sich und wird dadurch ein einheitliches Selbst.“

So wurde durch den Kampf der Masse nicht nur die Bewegung, sondern in der Bewegung auch der einzelne Mensch. Der Mensch der Kraft, der sich nicht innerlich auflöst in phantastischen Wollen, sondern der durch jähres Schaffens den Wirklichkeitswert seiner selbst verpirt.

Der Kämpfer steht mitten im Leben. Er wurzelt in der Gegenwartigkeit. Der Widerstand wird ihm zum tätigen Trost. Die Grenze des Könnens wird ihm zur Geduld der Kraft, die da wartet, weil erst diese Stunde gekommen ist, die da wartet, weil erst diese Stunde das Ziel ganz schafft.

Der Kämpfer steht zwischen den Zeiten. Er phantasiert nicht von dem Zukünftigen. Er ruht auch nicht träge im Gegenwärtigen. Er ist Erhalter und Stürmer. Er trägt das Heute und zwingt die Welt demnach aus dem Heute heraus. Und was auch draußen geschieht: er spürt es bis in seine feinsten Herzensfalten als auch sein Werk. In dem er schaffte mit allen anderen. Und das nicht würde ohne die anderen und ihn.

Er trägt die Gemeinschaft und sich. Er trägt die Kraft. Er die Zukunft.

Er. Der Kämpfer.

5.

## Der rasende Zeitungsverkäufer

Im allgemeinen sind Zeitungsverkäufer von modernen Großstädten nicht mehr wegzudenken. Mit ihrem lärmenden Ausrufen, der Verkaufsobjekte und ihrem Schreien in allen Tonarten, ergänzen sie harmonisch die Symphonie des Lärms belebter Straßen und Plätze des Erdballs. Unser Ohr, gewöhnt an diese Geräusche wie an das Blasen der ausfahrenden Feuerweh oder an das „Sim bin!“ der Straßenbahnen — empfängt all dies als notwendige, alltägliche Begleitererscheinungen unseres öffentlichen Lebens.

Etwas ganz anderes ist es mit dem Zeitungsverkäufer, von dem hier die Rede sein soll. Da rast in den Straßen von Berlin S ein halbes Dutzend von ungefähr 35 Jahren, beladen mit fast allen Tages- und Wochenzeitschriften, gebärdet sich wie verrückt, singt, trillert wie eine Primabonna vor jeder Adressur und lenkt auf sich die Aufmerksamkeit aller Vorübergehenden.

„Die grüne Post! Ha, ha, ha. Grün ist die Hoffnung, rot ist die Liebe. Ich wie so trügerisch sind Frauenherzen, tra la, tra la, la, la. Nehmt euch in acht, kauft die Grüne Post.“

„S. 3!“ Neue Notverordnung, ich bin pleite. Heut abend fahre ich zum Reichsanwalt, ha, ha, ha. Ihr werdet schon sehen. S. 3!“

„Die Welt am Abend! Fünf Millionen streifen im Ruhrgebiet, trala, trala. Ja kann mir keine Schrippe toofen, ha, ha, ha. Kauft die Welt am Abend.“

„Die Berliner Illustrierte, heute neu! Mein Jackett ist alt und die Stiefel zerfallen, ha, ha. Wenn ich Selbstmord begehe, komm ich in die Zeitung.“

„12-Uhr-Blatt! Die Liebe sollen sie auch noch versteuern, da werden die armen Mädels Ruhe haben und der Friedrichshain bleibt leer, ha, ha, ha.“

Mit solchen und vielen anderen larzafistischen Ausrufen wendet er sich an das laufende Publikum, schreiend, singend, trillernd, läuft von Tür zu Tür, von Straße zu Straße und bemüht sich, seine Zeitungen an den Mann zu bringen. Er staunt bleibt jeder neugierig sehen, Kutscher halten ihre Fuhrwerke an, lächen über die drohtigen Späße dieses Unikums, und keine Straßenjungen laufen hinterher, den Spettakelmacher am Rode zuspähen. Dabei scheint es, als wäre diesem rasenden Menschen gar nicht so späßig zumute, denn trotz der lauchenden Grimasse wirft er uns manchmal scharf-ernste Blicke zu, daß man unwillkürlich von einer inneren Wehmut ergriffen wird.

„Lade Bajazzo, schneide die tollsten Grimassen. Die Morgenpost! ha, ha, ha!“ So lang er unlängst auf offener Straße in der Nähe von Moritzplatz, womit er wahrscheinlich sich selbst charakterisieren wollte.

Es ist fährbar nicht zum Lachen, vielmehr bezeichnend für unseren verdrähten Zeitalter. Witten unter uns läuft ein ärmlich gekleideter, noch junger Mensch, spielt den Verdrähten, lediglich um einige Exemplare mehr als seine anderen Berufscollegen verkaufen zu können. Zu wach erniedrigenden Mitteln muß heutzutage ein Zeitungsverkäufer greifen, um einige Pfennige zu verdienen ...

„Ihr könnt mich alle am A... bend besuchen, juchhee! Kauft den „Angriff!““ schreit der rasende Zeitungsverkäufer von Berlin S mit einer schrillen Kastratenstimme, die wie betäubend aufs Gemüt wirkt und einen Mistklang im Straßenlärm hervorruft; eine Dissonanz unserer Zeitepoche.

G. Fieberer.

## Ausland

### Erfolgreiche Organisationsmethode in Großbritannien

Vor 2 1/2 Jahren beschloß der Britische Gewerkschaftsbund die Einleitung einer großen Organisationskampagne auf Grund der Erteilung eines speziellen Abzeichens oder eines Diploms an Mitglieder, die im Laufe dieses Jahres abgeschlossen werden soll, ist erstaunlich. Es sind auf diese Weise nicht weniger als 115 000 neue Mitglieder gewonnen worden. Das Abzeichen ist bis heute von mehr als 8600 Mitgliedern gewonnen worden, wobei die Mindestzahl von 10 häufig überschritten wurde; das Diplom wurde 138 Mitgliedern erteilt.

### Arbeitsbeschaffung in den USA.

Die kürzlich vom amerikanischen Gewerkschaftsbund, der „American Legion“, der Nationalen Vereinigung der Annoncenermittlung und einigen anderen Organisationen eingeleitete Kampagne, durch die alle irgendwie vorhandenen freien oder neu zu schaffenden Arbeitsstellen aufgespürt werden sollen, hat bereits bemerkenswerte Resultate gezeitigt. In 22 Proz. der 6000 Städte mit mehr als 1000 Einwohnern, in denen diese Bestrebungen eingeleitet wurden, sind — insbesondere unter Mitwirkung der Gewerkschaften — Komitees gegründet worden. Schon am ersten Tage sind z. B. in San Francisco 39 000 Dollar aufgebracht worden, die zur Lohnzahlung für sogenannte neuerschaffene Arbeitsstellen verwendet werden. Seit Beginn der Kampagne sind insgesamt 250 000 Arbeiter wieder in Beschäftigung gebracht worden.

### Christliche Gewerkschaften gegen die Wirtschaftspolitik der schweizerischen Regierung

Die von der schweizerischen Regierung aufgestellten wirtschaftlichen Richtlinien, die unter dem Deckmantel der Deflation hauptsächlich auf einen gewaltigen Lohnabbau im Interesse der Exportindustrien hinauslaufen, sind vom Bundesvorstand des christlich-sozialen Gewerkschaftsbundes der Schweiz — im Gegensatz zur zweideutigen Haltung der christlich-sozialen politischen Bewegung — scharf abgelehnt worden. In einer in diesem Zusammenhang angenommenen Resolution heißt es u. a.:

„Bei aller Würdigung der schwierigen Verhältnisse unserer Exportindustrie und deren Auswirkungen auf unser ganzes Wirtschaftsleben erblicken wir in dem heute vielfach vorgenommenen Lohnraub, einer Verringerung sowohl der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse als der allgemeinen Wirtschaft überhaupt. Sollten die Lohn- und Preisabbautenden eine gewollte Deflation bedeuten, so müßten wir mit aller Energie dagegen Stellung nehmen. Denn die gewollte und mit Abzicht verfolgte Deflation kann als Auswirkung nur einer Verarmung der arbeitenden Kreise unseres Volkes herbeiführen zugunsten der Kapitalbesitzer. Wir müßten eine solche Entwicklung als unsozial und unmoralisch betrachten.“

### Die Mitgliederzahl der schwedischen Gewerkschaftszentrale

Der Anschluß des schwedischen Textilarbeiterverbandes an die Landeszentrale wird nunmehr am 1. Mai 1932 erfolgen. Der Verband zählt 30 085 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der schwedischen Landeszentrale, die sich im Jahre 1931 um rund 37 000 erhöht hat, steigt durch diesen Neuananschluß auf ungefähr 620 000.

### Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Eine übersichtliche Darstellung der in den einzelnen Ländern von den freien Gewerkschaften geleiteten Bildungsarbeit bringt die Aprilnummer der Monatszeitschrift des Internationalen Gewerkschaftsbundes „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“. Sie gibt eine Zusammenfassung der Antworten auf die alljährlich zur Durchführung gelangende Befragung der dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen über Stand und Formen ihrer Bildungsarbeit. Berichte liegen vor von den Landeszentralen folgender Länder: Belgien, Dänemark, Deutschland (ADGB und VFL-Bund), Großbritannien, Lettland, Niederlande, Österreich, Palästina, Polen, Schweden und Spanien. Die immer mehr zunehmende Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gibt diesem Bericht besonderen Wert.

### Amerikanische Bergarbeiter für Arbeitslosenversicherung

Der Kongreß der dem Amerikanischen Gewerkschaftsbund angehörenden Vereinigung der amerikanischen Bergarbeiter hat sich für den Sechstendtag, die Fünftagewoche und die staatliche Arbeitslosenversicherung ausgesprochen. Diese Forderungen sind den Statuten des Verbandes einverleibt worden. Ferner sprach sich der Kongreß für die Verstaatlichung aller für den öffentlichen Bedarf wichtigen Industrien sowie der Schlüsselindustrien aus.

## Aus den Zahlstellen

Breslau. In der Mittelsibererparlamentung am 3. April nahm unser Obleiter Kollege Reinhold das Wort zu einem längeren Vortrag über die Tarifverhandlungen, welche bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt haben. Wie weit das soziale Empfinden der Unternehmer geht, erkennt man aus der ablehnenden Haltung gegenüber der Einführung der Bierziskundenwoche, die über kurz oder lang doch kommen muß zur Behebung der großen Arbeitslosigkeit. — Anknüpfend an diese Ausführungen hielt der Buchdruckerkollege Reim ein Referat über die allgemeine politische Lage und „Warum graphische Hammerhämmer?“ Nur die Zermürdung der Arbeiterklasse gibt dem Unternehmertum Anlaß zu ihrem Borstoß, Lohn und Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Es hätte keinen Zweck, die gemachten Fehler zu kritisieren, denn davon wird es nicht besser, sondern Pflicht ist es, daß die Arbeiterklasse den Ernst der Lage erkennt. Gerade in der jetzigen Situation sind die diesjährigen Parlamentswahlen von großer Bedeutung. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo es gilt, der faschistischen Reaktion einen derben Schlag zu verfeuern. Redner gab weitere Ausführungen betr. Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und über Zweck und Ziele der Eisernen Front. Als Bindeglied gilt die hier in Breslau gegründete graphische Hammerhämmer gegen die faschistische Reaktion. Großen Beifall erzielte Kollege Reim für seine Ausführungen. Zum Schluß fanden noch einige örtliche Angelegenheiten ihre Erledigung.

Nürnberg-Gürth. In einer vom Graphischen Kartell am 4. April in der Rosenau veranstalteten Kundgebung sprach der Bezirksleiter des ADGB, Landtagsabgeordneter Erhard Kupfer, über die Bedeutung der kommenden Wahlen für die Gewerkschaften. In großen Zügen kritisierte er die von der Schwerindustrie ausgeschaltene Kapitalpartei an der Hand von schicksalhaftem Gemeinmaterial. Die Verrohung des politischen Kampfes wurde erst durch ihre Agitationsweise eingeführt. Man lebe bei den Krummkeulern wirklich in dem Wahne, schon am 13. März die politische Macht zu erobern und damit eine andere Zeit herbeizuführen. Die Arbeiter waren bereits verteilt, und jeder Parteiführer hatte schon seinen gehobenen Posten. Der Eisernen Front ist es zu danken, wenn diese Millionen nicht verwirklicht wurden. Im Interesse der deutschen Kultur liegt es, daß die zweite Wahl am 10. April und die bayerischen Landtagswahlen die erste Niederlage träftig unterstreichen. Das wirtschaftliche Leidensfeld mit seinem Elend und der Verzweiflung ist der günstigste Nährboden für die neugelben Sumpfpflanzen. Wenn Millionen arbeitslos sind, große und kleine Betriebe verkranken, Sparrer ihr Geld verlieren, die öffentlichen Finanzen durch die Auswirkungen der Krise in Unordnung geraten, an allem ist das System Weimar schuld. Von den Millionen vermischteten und verpeferten Industriekapitals, den aufgeblähten Konzernen mit ihrem kolossalen Verwaltungsapparat schweigt der „deutsche Sozialismus“. Ebenso von den Steuergebern, die der Privatwirtschaft „Leichweie“ zur Verfügung gestellt wurden. Ist doch der Großkapitalismus der Schöpfer und Nährvater des Faschismus. Die Fälle Farago, Nordwolle, Schultze und so weiter sind nicht nur ein großer Schaden für die gesamte Volkswirtschaft, sondern auch ein Teil der Ursachen der Vertrauenskrise. Der Redner verpflüchte die Selbsttheorien der Faschisten, die nationale Wirt und das Stabilität ohne Gold- und Sachverstand. Die Auswirkung solcher Experimente auf die Arbeiterklasse als Lohnempfänger und Verbraucher würde die Zustände der Inflationszeit wieder ausleben lassen. Der soziale Standard würde ständig sinken, weil die Kaufkraft nicht mehr stabil bleibt. Bei einer Naziherrschaft käme noch der Abbau aller sozialen Einrichtungen; der Kapitalbeamte wird dann allein bestimmen, wer Unterstützung erhält. Unsere Faschisten sind auch für Einführung der Arbeitsdienstpflicht nach militärischem Vorbild. Die Rettung deutscher Kultur und sozialen Lebens ist von dem Ausgang der nächsten Wahlen abhängig. In seinem Schlußwort forderte der Vorsitzende, Kollege Schatt, auf, die Augenwendung aus dem Gefügten bei den nächsten Wahlen zu ziehen.

## Rundschau

Die Tarifverhandlungen über den Reichstarif für das deutsche Buch- und Zeitungsdruckerpersonal nehmen am 18. April ihren Anfang. Da zu erwarten ist, daß am 16. April die Schlichterkammer zu einem Entschluß über den Deutschen Buchdruckerartikler kommen wird, sind anschließend die Verhandlungen über den Reichstarif festgelegt worden. Ihnen werden die Lohnverhandlungen folgen. Der Austausch der Anträge zum Reichstarif, die in der nächsten Nummer der „Solidarität“ veröffentlicht werden, erfolgt am Vormittag des ersten Verhandlungstages.

Zur Arbeitsmarktfrage in unserem Verband. Für März haben 172 Zahlstellen über 12 653 männliche, 19 364 weibliche, zusammen 32 017 Mitglieder berichtet. Von diesen waren arbeitslos: 3556 männliche = 28,1 Prozent, 7440 weibliche = 38,4 Prozent, zusammen 10 996 = 34,3 Prozent. Die Kurzarbeit verteilte sich auf 1895 männliche = 15 Prozent, 3810 weibliche = 19,7 Prozent, zusammen 7505 = 17,8 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vormonat um 489, die der Kurzarbeiter um 99 gestiegen. 41 Zahlstellen haben die statistische Karte nicht eingefandt: Es haben e in m a l nicht berichtet: Aachen, Bernburg, Bernau, Freiberg i. Sa., Gießen, Goslar, Großsch., Hanau, Heidelberg, Heidenheim, Heilbronn, Langenl., Mannheim, Naumburg, Neudorf a. H., Neurode, Oberau, Olsnig, Oeynhausen, Osterwieck, Pfortheim, Ravensburg, Renscheid, Rhendi, Saalfeld, Saarbrücken, Bieren, Bernigrode. Zweimal haben nicht berichtet: Brandenburg, Halle, Krefeld, Jendorf. Dreimal haben nicht berichtet: Bamberg, Solingen. Viermal haben nicht berichtet: Halberstadt. Fünfmal haben nicht berichtet: Heide, Vörsach, Stade, Stendal. Neunmal hat nicht berichtet: Quablinburg. Zwölfmal hat nicht berichtet: Baden-Dos.

Heinrich Limberg gestorben. Der Schmittler Tod scheint ununterbrochen Erste unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir wieder den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb Heinrich Limberg, Redakteur der „Bergbau-Industrie“, des „Organs“ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Limberg war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dort-

mund geboren. Wie es bei der Proletarierjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung finden. Im Jahre 1902 wurde Limberg Arbeitersekretär in Jersdorf. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der mit einer Ausprägung der Unternehmern beamtortet wurde. Limberg mußte seine Führertätigkeit mit Gefängnis büßen. Im Jahre 1908 wurde er Redakteur der Eisener Arbeiter-Zeitung. Als das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limberg dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder von Heinrich Limberg über das Schmarfagertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limberg als Redner tätig. 1919 wurde er Mitglied der Preussischen Landesparlamentung, und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preussischen Landtags und Vorsitzender der Fraktion. Seit 1924 gehörte Heinrich Limberg dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, der heutigen „Bergbau-Industrie“, übernahm Limberg im Jahre 1923. Er war einer jener jenen und unerbittlichen Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eigenem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendbeuten bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Heinrich Limberg mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden die, die ihn kannten, für immer in Ehren halten.

**Chemalige Angehörige der Reichsdruckerei**, die noch Aufwertungsfordernungen an den Spar- und Darlehnsverein von Angehörigen der Reichsdruckerei haben, können die Beträge persönlich oder schriftlich unter Vorlegung des Sparbuchs und der Mitgliedskarte bei der Kasse des Vereins, Berlin SW 68, Oranienstraße 92, abfordern. Kassenstunden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend 10 bis 12 Uhr und 15 bis 15.30 Uhr.

## Literatur

6. Festschrift des „Internationalen Gewerkschaftsbundes des Gewerkschaftsbundes“. Das Internationale Gewerkschaftsbund des Gewerkschaftsbundes wird im Sommer 1932, 1000 Vertretungen umfassend, abgeschlossen vorliegen. Die 6. Festschrift des von Prof. Gende in Verbindung mit A. Erckens, E. von Sahlfeld, Johannes Salkenbach, Ad. Steierwald und Alb. Thomas herausgegebenen Werkes, das im Verlag Rütten und Schmidt, K. G., Berlin, erscheint, ist schon in den Buchhandel gelangt. Die dritte Festschrift wahrt den Charakter der vorangegangenen: sie vertritt die gesamte Gewerkschaftsbewegung, die in der Welt die verschiedensten und freien Publizisten aus gemeinsamen Anlaß der Gewerkschaftsbewegung nach ihrer theoretischen, historischen, ideengeschichtlichen, soziologischen und organisationswissenschaftlichen Seite. Das Werk stellt somit die Gewerkschaften in die großen kultur- und politischen Zusammenhänge, ohne deren Kenntnis man den zeitlichen Ort dieser Bewegung nicht findet. Damit kommt der Rang der Gewerkschaften als wesentliche Faktoren des modernen Staates und der Weltkultur zum Ausdruck. — Im ganzen ist das Werk für jeden Gewerkschaftler von außerordentlich hohem Wert und als Nachschlagewerk unentbehrlich. Der Vertrieb des Gewerkschaftsbundes als freigeistlich organisierte Arbeiterbewegung erfolgt durch die Verlagsanstalt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, Julestraße 6a.

„Was jeder Gewerkschaftler von der Gewerkschaft und Sozialarbeit wissen sollte“ von Dr. Fritz Dieckhoff. Preis 1,50 M. für die Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen 1 M. Verlagsanstalt „Concord“ G. m. b. H., Berlin SO 16.

„Athena“ von Stadtrat Dr. Prodel. (Aus dem Taschenbuch eines Volkshilfsdieners.) Der Preis beträgt drei Mark 20 Pf., gebunden 2,50 M. Verlagsanstalt „Concord“ G. m. b. H., Berlin SW 16. — Ein „schonungslos“ und „das gesamte, erhabene Einfließen in das menschliche Leben vermittelt, das aber nicht nur die Schilbernen enthält und Begehren erfüllt. Der Verfasser hat uns auch von seinem sozialistischen Standpunkt aus, wie hier geändert und gelehrt werden kann.

„1000 Worte Kultur“. Das „Kulturprogramm“ und seine Bedeutung. 1932. Berlin: Volkshilfs-Vereinigung. G. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 10 Pf. 32 Seiten.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 7. April unsere liebe treue Kollegin

**Zherese Schner**

(Firma Lustet)

im Alter von 25 Jahren.

Ein dauerndes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Zahlstelle Regensburg.

Am 2. April verschied infolge eines Unfalls unsere liebe Kollegin

**Fanny Eohn**

Wir werden der Verstorbenen, die ein langjähriges treues Verbandsmitglied war, ein ehrendes Andenken bewahren. Die Mitglieder der Zahlstelle Offenbach a. M..

## Berein von Berliner Buchdruckern zur gegenläufigen Anteilnahme bei Frauen-Streikaktionen

Freitag, den 23. April, nachm. 5 Uhr, im Sitzungszimmer der Ortsratkassa, für das Buchdruckergewerbe, Alexandrinenstraße 44, Hof III.

## Ordnentliche Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht über das Jahr 1931 und Entlastung der Verwaltung. 2. Verschiedenes.

Das Kuratorium

G. Baumann, 1. Kurator.

## Abrechnungen

In der Woche vom 4. bis 9. April 1932 trafen aus Gau 8 (Berlin) 26 000 M. bei der Hauptkasse ein.

Berlin, 9. April 1932. Heinrich Loda H.

Für die Woche vom 10. April bis 16. April ist die Beitragsmarke in das 16. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schantz Charlottenburg, Weichselstraße 6. Vertrieber: Kurt Weiland 1932. — Verleger: H. Vobald Charlottenburg, Brandenburger Weg der arbeitslosen Hilfsarbeiter u. arbeitslosen Deutschen Bundesverbandes. Charlottenburg 9. Weichselstraße 6. — Druck: Buchdruckwerkstätte GmbH., Berlin SW 61. Dreilindenstraße 6.